

POSITION

Metallische Rohstoffversorgung als Beitrag zu Resilienz und Verteidigungsfähigkeit

1. Ausgangslage und geopolitischer Kontext

Die Nicht-Eisen(NE)-Metallindustrie ist ein Schlüsselsektor für Deutschland, da sie maßgeblich zur Versorgung mit kritischen und strategischen Rohstoffen beiträgt. Die Branche besitzt die Fähigkeit, diese Rohstoffe im Kreislauf zu halten. Jede Tonne lokal recyceltes Metall gewährt mehr strategische Autonomie und Sicherheit für Deutschland in der angespannten globalen Lage. Trotz dieser Vorteile bleibt viel Potential ungenutzt, oder geht verloren, da die Rahmenbedingungen nicht optimal sind.

Vor dem Hintergrund geopolitischer Umwälzungen verändern sich die Gegebenheiten vergangener Jahrzehnte. Dazu gehört die Sicherheit und Verlässlichkeit der Rohstoffversorgung ebenso wie das Vertrauen in Drittländer, die lange als Partner galten. Die Funktionalität internationaler Organisationen wie der Welthandelsorganisation ist beschädigt, da wichtige Trägerländer dieser Organisationen nicht mehr im Interesse der internationalen Gemeinschaft handeln, sondern nationale Interessen verfolgen. Die Herstellung von freien und fairen Wettbewerbsbedingungen auf internationaler Ebene wird hinter nationale Interessen und geopolitische Erwägungen zurückgestellt, was in China und in den USA deutlich wird.

Ein Beispiel hierfür sind die Exportkontrollen, die China über eine Bandbreite von Metallen verhängt hat, bei denen es eine Monopolstellung hält. Damit beeinflusst China gezielt die Rohstoffsicherung und Rohstoffzuweisung in Europa. Die Freigabe der Mengen zum Export lässt keinen Aufbau von Lagerkapazitäten zu. Zudem gewährt China keine Freigaben an Rüstungsprojekte, wie etwa bei Germanium, das für Zieloptiken unerlässlich ist. Dies ist eine gezielte Einschränkung der europäischen Souveränität. In ähnlicher Weise sind die ständigen Zolldrohungen aus den USA und das Verhalten der dortigen Regierung nur noch eingeschränkt partnerschaftlich.

Die urbane Mine ist aus rohstofflicher und strategischer Sicht Europas sicherste Bank für Überlegungen einer Sicherstellung der Grundversorgung mit kritischen und strategischen Rohstoffen. Sie muss korrekt gemanagt und geschützt werden, um als Sicherheit dienen zu können. Aktuell fließt mehr Kupfer aus der Europäischen Union ab als importiert wird. Chinas Importanteil an den europäischen Kupferexporten steigt stetig. Dabei wird die chinesische Recyclingindustrie staatlich aufgebaut, um europäische Ressourcen abzuschöpfen und geopolitische Abhängigkeiten zu schaffen. Ähnliches ist auch bei anderen Metallen wie z.B. Wolfram zu beobachten. Faire Wettbewerbsbedingungen gibt es hierbei nicht, da der chinesische Staat Subventionen beisteuert.

Daraus ergibt sich, dass die bisherige Strategie einer Vorgabe von reinen Recyclingquoten nicht ausreichend ist, beziehungsweise sich als kontraproduktiv für heimische Hersteller und Recycler erweisen könnte. Diese drohen durch ein Überangebot aus China, das auf dem Papier die Bedingungen erfüllt, ausgebootet zu werden. Es ist ein Abschöpfen der Rohstoffe aus der urbanen Mine durch China zu beobachten, die dann die chinesische Industrie versorgen und der europäischen Industrie entzogen werden.

Gleichzeitig reicht Recycling allein, selbst bei einer 100%igenSammel- und Recyclequote, nicht aus, um den Bedarf einer wachsenden, technologisch fortschreitenden Wirtschaft zu decken. Bestrebungen zur Elektrifizierung sowie smarte Technologien wie Künstliche Intelligenz, Klimaschutz und Verteidigung benötigen in großem Umfang mehr NE-Metalle als früher. Ein effizienterer Einsatz durch technische Lösungen, die zu einem geringeren spezifischen Bedarf in den Produkten führen, fangen die wachsende Nachfrage nicht auf. Daher muss auch die Versorgung mit Primärrohstoffen im Blick behalten werden. Das bedeutet, die heimischen Rohstoffvorkommen bergbaulich besser zu nutzen und zugleich die Importlieferkette widerstandsfähiger aufzubauen.

Europa muss seine eigene Souveränität schützen. Teil dessen ist die Fähigkeit, strategisch wichtige Dinge selbst produzieren zu können, da sonst die Souveränität nur auf dem Papier existiert. Teil der Aufgabe bleibt es, Antworten auf den Klimawandel zu finden. Nachhaltigkeit muss Teil der Lösung bleiben. Ferner müssen Antworten auf den Welthandel gefunden werden, die in der aktuellen Welt bestehen können, da der Handel weitergehen wird.

2. Die Bedeutung von Nichteisenmetallen für die Verteidigungswirtschaft

Die Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Bündnisfähigkeit basiert fundamental auf der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr. NE-Metalle und deren Legierungen bilden das materielle Rückgrat moderner Verteidigungssysteme. Die Verfügbarkeit heimischer Verarbeitungskapazitäten ist eine strategische Notwendigkeit für die Verteidigungspolitik, da sie kritische Abhängigkeiten reduziert und die technologische Souveränität stärkt.

Folgende Werkstoffe zeigen die konkrete Relevanz für die Verteidigungswirtschaft:

- **Aluminium:** Ermöglicht durch geringes Gewicht bei hoher Festigkeit die Mobilität und Agilität von Streitkräften. Die Anwendungen umfassen Strukturkomponenten für Flugzeuge, Hubschrauber, Drohnen, Panzerungen, Brückensysteme und mobile Gefechtsstände.
- **Kupfer:** Ist aufgrund der elektrischen und thermischen Leitfähigkeit unverzichtbar für die Digitalisierung und Vernetzung auf dem Gefechtsfeld. Es kommt in der Bordelektronik, in Führungssystemen, Kommunikationsanlagen, der Energieversorgung von Feldlagern sowie in marinen Antriebssystemen und Munitionskomponenten zum Einsatz.
- **Nickel und Titan:** Bilden die Basis für Hochtemperaturlegierungen in Triebwerken, Raketenantrieben und hochbelasteten Strukturteilen.
- **Wolfram:** Aufgrund seiner Härte ist Wolfram sehr wichtig in der Rüstungsproduktion, besonders bei großkalibriger Munition ist Wolfram ein elementarer Bestandteil. Es ist aber auch für High-Performance-Werkzeuge aus gleichem Grund sehr begehrt.
- **Blei:** Integraler Bestandteil von Munition und Fahrzeugbatterien.
- **Germanium:** Ist unverzichtbar für die Herstellung von Spezialteilen wie etwa Zieloptiken, Nachtsichtgeräten und Halbleitern.
- **Gallium:** Ist elementar für Halbleiter, und Hochleistungshalbleiter. Diese wiederum sind essentielle Bauteile von sämtlichen elektronischen Komponenten.
- **Indium:** Ist ein kritisch wichtiger Rohstoff für Halbleiter, Infrarotsensoren, Radarsysteme und auch Panzerungen.
- **Neodym, Dysprosium und Terbium:** Stecken in Permanentmagneten in Elektromotoren und Steuerungssystemen in Flugzeugen, Raketen und Fahrzeugen.
- **Samarium:** Findet Anwendung in hitzebeständigen Magneten für besonders belastende militärische Anwendungen.
- **Gadolinium:** Für Spezialanwendungen in Elektronik und hochsensiblen Systemen.
- **Yttrium:** Wird eingesetzt für Werkstoffe, Keramiken und elektronischen Komponenten in Verteidigungselektronik.

- **Bismut:** Ist essentieller Bestandteil von Legierungen für das Verzinken. Für rostfreie und langlebige Stahlbauteile.
- **Antimon:** Härtemittel für Ballistik sowie als Flammschutz für Plastikbestandteile unersetzbar

Die technologischen Fähigkeiten und Produktionskapazitäten der Nichteisenmetallindustrie weisen einen klaren Dual-Use-Charakter auf. Eine starke zivile industrielle Basis stützt direkt die militärischen Fähigkeiten. Die spezifische Werkstoffkompetenz und die Verarbeitungstiefe, beispielsweise bei der Fertigung von Blechen, Profilen und Drähten, sind strategische Güter.

3. Strategische Ziele

- Schutz der industriellen Kapazitäten in Europa

Ohne eigene industrielle Kapazitäten in Europa und Deutschland werden alle anderen wirtschaftlich-nachhaltigen Ziele verfehlt. Sämtlicher Einfluss über die Ausgestaltung von nachhaltigem Wirtschaften würde entfallen, ebenso wie der Einfluss auf globale Nachhaltigkeitsziele. Stattdessen würde ein Verlust der Industrie die völlige Abhängigkeit von Drittstaaten bedeuten, ebenso wie eine Verschlechterung der globalen CO₂-Bilanz durch die Verlagerung von CO₂ an andere Orte mit schlechteren Standards. Durch Erhalt und Ausbau der Industrie vor Ort bewahrt Europa sich den Einfluss auf die aktive Gestaltung der Nachhaltigkeit.

- Sicherstellung der Versorgung mit Rohstoffen

Die Sicherung der Rohstoffversorgung ist für die industrielle Basis essenziell. Dies erstreckt sich auf die allgemeine Versorgung der Bevölkerung, wenn Güter für den Erhalt kritischer Infrastruktur nicht mehr bezogen werden können, wie es sich während der Corona-Krise andeutete. Von Nichteisenmetallen hängt die Produktion ab, da Werkzeuge und Maschinen über Metallkomponenten verfügen. Daher müssen Maßnahmen ergriffen werden, die die Versorgung sicherstellen.

- Schutz der Urbanen Mine und Förderung heimischer Ressourcen

Europas natürliche Rohstoffvorkommen sind vergleichsweise aufwendig zu erschließen. Dennoch ist es wichtig, zumindest einen Teil der Primärrohstoffe aus heimischen Quellen zu gewinnen. Der Bezug von Primärmaterial aus dem außereuropäischen Ausland hat mit starker Konkurrenz zu kämpfen. Ein Trumpf ist die große urbane Mine, über die Europa verfügt. Metalle werden gebraucht und nicht verbraucht, sie können zurückgewonnen und neu eingespeist werden. Der Zugriff auf diese Rohstoffe muss zuvorderst für europäische Verwerter gesichert werden, da bei einem Abfluss in Drittstaaten nicht sicher ist, ob diese Rohstoffe wieder zurück nach Europa finden.

- Schutz vor unfairer Wettbewerb

Unternehmen in Europa sehen sich einer Welt gegenüber, die sich vom Ideal des freien und fairen Handels entfernt. Die Welthandelsorganisation steht unter Blockade, während Großmächte auf Protektionismus setzen. Einige Länder gewähren ihren Unternehmen massive staatliche Hilfe, insbesondere China. Es wird eine Strategie verfolgt, die mit Dumpingpreisen Konkurrenz auf einem Markt ausschaltet, um strategische Abhängigkeiten auszunutzen. Dies ist bei der Solarindustrie passiert. Ähnliches droht bei der Batterieherstellung, bei Recyclingkapazitäten und ist bei der Raffinade von seltenen Erden eingetreten. Unter diesen Umständen kann nicht länger bedingungslos auf freien und fairen Handel über die Grenzen der Union hinaus gehofft werden. Es muss ein Level-Playing-Field geschaffen werden. Dazu gehört eine entsprechende Entlastung europäischer Unternehmen von überbordenden Berichtspflichten.

- Förderung der Kreislaufwirtschaft und des nachhaltigen Wirtschaftens

Kreislaufwirtschaft bedeutet ein neues Denken: Abfälle sind keine Abfälle, sie sind Sekundärrohstoffe mit einem entsprechenden Wert. In diesem Sinne müssen auch die Gesetze, die Lieferketten und Stoffströme im Kreis gedacht und konstruiert werden, statt linear. Die Verdoppelung der Zirkularität, wie im Circular Economy Act vorgesehen, bedeutet, dass mehr Rohstoffe innerhalb der Union den Kreislauf schließen müssen. Um dieses Ziel einzuhalten, muss sichergestellt werden, dass die Rohstoffe der urbanen Mine nicht in Drittstaaten abfließen. Anreize für Unternehmen, in grüne Technologien zu investieren, sind nur dann gegeben, wenn diesen die Rohstoffe zur Verfügung stehen. Viele grüne Technologien bedürfen eines großen Anteils an Nichteisenmetallen aus den kritischen Rohstoffen (CRM). Nachhaltiges Wirtschaften in Europa braucht eine gesicherte Versorgungslage mit Rohstoffen.

- Abschluss von Handelsabkommen mit verlässlichen Partnern

Die EU muss weitere Handelsabkommen mit Ländern abschließen, auf die Verlass ist. Dabei sollte weniger die Vollumfänglichkeit im Vordergrund stehen, sondern die Sicherung von Handelsrouten, sowohl für Rohstoffe als auch für Absatz- und Bezugsmärkte. Europa muss seine Position im globalen Handelsnetz verteidigen, dafür braucht es belastbare Handelsabkommen.

4. Zur Debatte stehende Maßnahmen

Für eine sichere Rohstoffversorgung können folgende Maßnahmen erwogen werden:

1. Verbot des Exports von CRM-Schrotten aus der Union

Ein Exportverbot von Schrotten, die in die Kategorien der kritischen Rohstoffe fallen, kann erwogen werden, sofern deren Verarbeitung in Europa gewährleistet werden kann. Dazu liegt die Verordnung 2015/479 als rechtliche Grundlage vor. Dies wäre ein Schritt, der die Rohstoffe der urbanen Mine in Europa halten kann. Dadurch würde den Unternehmen mehr Planungssicherheit hinsichtlich der zu erwartenden Schrottmenge gegeben und entsprechende Investitionen in Schmelzkapazitäten gesichert. Da andere Länder, insbesondere China, selbst keine CRM-Schrottexporte zulassen, aber gleichzeitig ein massiver Abfluss nach China besteht, wäre dies ein Ausgleich eines Wettbewerbsnachteils.

Bei der Ausgestaltung des Exportverbots stellt sich die Frage nach dem Umfang. Zu beachten ist, in welchem Grad einzelne Metalle und deren Legierungen von dem Verbot gedeckt sein sollen. Ferner ist eine Prüfung nach partiellen Stoffströmen denkbar. In direktem Bezug auf die Verordnung 2015/479 ist vorstellbar, den Abfluss von CRM-Schrotten gezielt nach Werkstoff und Qualität in einzelne Länder zu untersagen, besonders in solche, die mit unfairen Maßnahmen arbeiten. In diesem Sinne muss beachtet werden, dass Vergeltungsmaßnahmen von anderen Wirtschaftsmächten drohen können, worauf Europa vorbereitet sein muss.

Forderung:

- Die Wirtschaftsvereinigung Metalle fordert die Europäische Kommission auf, den Export von Schrotten kritischer Rohstoffe auf Basis der Verordnung 2015/479 zu beschränken.

2. Verhängung von Ausfuhrzöllen

Die Verhängung von Exportzöllen auf Schrotte und Abfallströme mit der CRM-Klassifizierung ist eine zur Debatte stehende Maßnahme. Die Verhängung von Ausfuhrzöllen kann partiell für einzelne Stoffströme nach deren jeweiliger Prüfung erfolgen. Dies erlaubt es, den Abfluss genau zu steuern und dennoch Handel zu gewährleisten. Ferner würde es ein Spiegel zu den US-Zöllen sein, wobei als vordergründiges Ziel die Stärkung der heimischen Industrie verfolgt wird. Bei dieser Maßnahme muss ebenfalls beachtet werden, dass Vergeltungsmaßnahmen von anderen Wirtschaftsmächten drohen können.

Forderung:

- Die Wirtschaftsvereinigung Metalle fordert die gezielte Einführung von Ausfuhrzöllen auf Schrotte und Abfallströme mit CRM-Klassifizierung.

3. Aufhebung der End-of-Waste Kriterien

Eine weitere Möglichkeit für mehr Kontrolle über die Stoffströme ist eine Aufhebung der End-of-Waste-Kriterien. Schrotte, die anhand dieser Kriterien aufbereitet werden, verlieren ihre Abfalleigenschaften und unterliegen dann nicht mehr der Abfallverbringungsverordnung. Sie sind frei von Exportrestriktionen, wie sie die Abfallverbringungsverordnung für die gelbe Liste kennt. Dies bietet ein Schlupfloch, das zu schließen überlegenswert ist. In Verbindung hiermit ist anzumerken, dass es keine praxistaugliche Lösung wäre, CRM-Schrotte prinzipiell auf die gelbe Liste zu setzen, da dies die Abfallverbringung innerhalb der Union behindern würde.

Forderung:

- Streichung der Abfallendeverordnungen (für Kupfer) 715/2013 und (für Aluminium und Eisen/Stahl) 333/2011. Besonders bei diesen Massenmetallen gibt es einen zunehmenden Abfluss von hochwertigem Schrott über das Schlupfloch, das durch diese beiden Verordnungen geschaffen wird.

4. Förderung des Abbaus heimischer Ressourcen

Ein Teil der Lösung muss auch die Förderung des Bergbaus in Deutschland und Europa sein. Es werden auch hierzulande immer wieder neue Rohstoffvorkommen entdeckt, darunter auch potentiell sehr große und strategisch wichtige. Bei allen Vorteilen, die Sekundärrohstoffe bieten, bedarf es auch weiterhin eines Inputs aus Primärrohstoffen um Faktoren wie Wirtschaftswachstum und gesteigerte Materialbedarfe durch Technologische Änderung abzubilden.

Forderung:

- Vereinfachte Genehmigungsverfahren für heimische Bergbauprojekte, wenn diese im Interesse der nationalen Rohstoffversorgung sind. Dabei sollte auch sichergestellt werden, dass die abgebauten Rohstoffe auch tatsächlich dem Europäischen Markt zufließen werden.

5. Unmittelbare Bevorteilung der innereuropäischen Verwertung

Diese Maßnahme beinhaltet, die Abfallverbringung und Abfallverwertung innerhalb der Union zu vereinfachen und mit Boni zu versehen, sodass sie Vorteile gegenüber drittstaatlicher Konkurrenz erfährt. Dies bedeutet, unfairen Maßnahmen aus Drittstaaten entschlossen zu begegnen. Konkret kann

daraus eine Vereinfachung bei der Abfallverbringung innerhalb der Union erwachsen, mit der Streichung von Notifizierungspflichten, der gezielten staatlichen Förderung von Investments in Recyclingtechnologien, der Vereinfachung bürokratischer Pflichten durch die Zusammenlegung von Reportingpflichten mithilfe des DPP sowie dem Entfall der Abfallbewirtschaftungslizenz für Rohstoffschmelzer. Das Potential des Binnenmarktes muss voll entfaltet werden, insbesondere da bisher im Abfallbereich noch viele nationale Schranken gelten. In gleichem Maß muss auch das Potential der Digitalisierung genutzt werden, das heißt auch Echtzeitkommunikation statt 2-Tagesfristen im Vorfeld der Abfahrt. Ebenso kann dies auch bedeuten, bei der öffentlichen Beschaffung europäische Sekundärrohstoffe zu bevorzugen, wo es ökonomisch und ökologisch sinnvoll ist. Dabei muss die öffentliche Beschaffung allerdings partiell nach Stoffstrom und Marktlage urteilen, um den unterschiedlichen Gegebenheiten gerecht zu werden.

Forderung:

- Streichung der Notifizierungspflichten bei Verbringung von kritischen Rohstoffen zwischen geeigneten Verwertungsanlagen im EU-Binnenmarkt
- Flexible Gestaltung der 2-Tages-Meldefrist vor Abfahrt der Abfallverbringung auf Meldung wenige Stunden vor Abfahrt
- Bevorzugung Europäischer Sekundärrohstoffe in der öffentlichen Beschaffung wo ökonomisch und ökologisch sinnvoll

6. Zusammenschluss der Rohstoffeinkäufe zu einem Kollektiv

Eine weitere Möglichkeit zur Sicherung der Rohstoffversorgung ist der geordnete Zusammenschluss zu einem Kollektiv in der Rohstoffbeschaffung von außerhalb der Union. Der Begriff geordnet bedeutet, dass die Kollektive je nach Rohstoffbedarf zusammengestellt werden und dies in staatlich geregelter Übereinstimmung mit dem Kartellrecht geschieht. Über das Käuferkollektiv lassen sich bei der außereuropäischen Beschaffung Synergien schaffen, wie eine größere Verhandlungsmacht, bessere Preise und die Beschaffung größerer Mengen.

Die Europäische Kommission hat mit der EU Energy and Raw Materials Platform bereits eine digitale Plattform für die gemeinsame Beschaffung von strategischen Rohstoffen eingerichtet. Dieses Instrument ermöglicht es Unternehmen, ihren Bedarf an kritischen Rohstoffen (CRM) zu aggregieren und kollektiv Angebote von internationalen Lieferanten einzuholen. Die Plattform zielt darauf ab, die europäische Verhandlungsposition auf den globalen Märkten zu stärken und insbesondere kleinen sowie mittleren Unternehmen den Zugang zu verlässlichen Lieferquellen zu erleichtern.

Diese Rohstoffbeschaffung sollte sich, auch im Rahmen der europäischen Plattform, ausschließlich auf echte Rohmaterialien beziehen, im Fall der Metalle auf Metalle und Schrotte. Auf dieser Ebene der Wertschöpfungskette ist die Komplexität geringer, sodass die Bildung von Beschaffungskollektiven realistischer ist als bei komplexeren Produkten. Interessenskonflikte sind auf dieser Ebene der Wertschöpfungskette ebenfalls leichter zu vermeiden.

Forderung:

- Die WVMetalle fordert die Bundesregierung und die Europäische Kommission auf, den rechtlichen Rahmen für den Zusammenschluss von Unternehmen zu Rohstoffbeschaffungskollektiven kartellrechtlich abzusichern. Die Beschaffung über gemeinsame Plattformen muss sich auf Primärrohstoffe und Schrotte beschränken.

7. Vorratshaltung unter staatlicher Treuhand (Stockpiling)

Im Zusammenhang mit der kollektiven Beschaffung steht die Maßnahme einer Vorratshaltung zur Debatte. Im Sinne einer stabilen Preispolitik und zur Vermeidung von Interessenskonflikten sollte diese unter staatlicher Treuhand stehen und sich auf Technologiemetalle beschränken. Die Notwendigkeit hierzu bestand in früheren Zeiten nicht, als die Beschaffung und Bereitstellung durch den offenen Weltmarkt und die Verfügbarkeit an europäischen Handelsplätzen gegeben war. Diese Zeiten sind vorbei. Bei vielen Metallen zeigt sich in naher Zukunft oder bereits jetzt ein Versorgungsengpass.

Vorratshaltung ist mit großen finanziellen Belastungen verbunden und für einzelne Unternehmen kaum in einem Umfang stemmbar, der die Versorgung für eine substantielle Zeit sicherstellt. Disruptionen entlang der Lieferkette sind in Zukunftsprojektionen häufiger und länger anhaltend, bedingt durch die Zunahme von politischen Krisen, Instabilität, Kriegen, Naturkatastrophen und geopolitischen Interessen.

Durch die staatliche Treuhand können Kostenexplosionen und Teuerungen von Rohstoffen verhindert und so die Wettbewerbsfähigkeit europäischer und deutscher Unternehmen erhalten werden. Es liegt im strategischen Interesse der EU und Deutschlands, Industriekapazitäten zu erhalten, die für grüne Technologien sowie die strategische Autonomie und die Versorgung der Verteidigungswirtschaft essenziell sind. Versorgungssicherheit schützt vor Erpressbarkeit in Zeiten, in denen Rohstoffexporte als Waffe eingesetzt werden.

Für ausgewählte, lagerfähige Metalle kann es sinnvoll sein, ein konkretes staatliches Aufkaufprogramm aufzusetzen. Vorrangiges Ziel dieses Programms ist nicht die Lagerhaltung. Der Lageraufbau an sich ergibt in angespannten Märkten keinen Sinn. Die für den Markt verfügbaren Mengen werden zusätzlich verknappt, wodurch die Preise noch mehr steigen. Sinnvoll ist vielmehr, mit einer Ankaufsgarantie (off take) für die heimische Metallerzeugung Investitionen in zusätzliche Kapazitäten anzureizen. Ein solches Programm sollte auf ausgewählte Technologiemetalle abzielen und nur einen Teil der neuen Kapazität abdecken. Diese Zusage, die faktisch wie ein Mindestpreis wirkt, befähigt europäische Standorte, stillgelegte Kapazitäten für die Erzeugung von Seltenmetallen wieder anzufahren und neue zu errichten. Durch die Lagerhaltung aus zusätzlicher Produktion bleiben Preiserhöhung aus und die Versorgungssicherheit für den europäischen Bedarf wird faktisch erhöht.

Eine solche Unterstützung ist notwendig, weil auf jede Angebotserhöhung in Europa und Nordamerika eine Reaktion der chinesischen Exportpolitik folgt. In den sehr engen internalen Märkten für Seltenmetalle kann China als dominanter Player durch sein staatlich gesteuertes Marktverhalten großen Preisdruck ausüben, sobald ein westlicher Hersteller auf den Markt kommt. Die USA haben im Inflation Reduction Act sehr wirksame Programme aufgelegt, um die Produktion in den USA zu steigern. Dies sollte auch ein Modell für die europäische Souveränität sein.

Forderung:

- Schaffung einer Ankaufsgarantie für heimische Metallerzeugung für zusätzliche Kapazitäten und neue Stoffströme

8. Ausbau von Handelsabkommen

Ein weiterer Pfad zur Sicherung der Rohstoffversorgung sowie des Wohlstands ist der Ausbau von Handelsabkommen mit verlässlichen Partnern. Der Handel stellt die Lebensader von Europa dar. Allerdings ist eine Neuanpassung an die veränderten Umstände nötig. Das bedeutet, dass weniger Verlass auf eine regelbasierte internationale Ordnung und auf internationale Institutionen möglich ist.

Daraus abgeleitet müssen die Handelsabkommen neu ausgerichtet werden, fokussiert auf den Austausch von Gütern. Der alte Fokus auf komplexe Abkommen mit Regelungen weit hinein in die innere Sozialpolitik stößt potenziellen Handelspartnern auf, woraus der Vorwurf des Neokolonialismus resultiert. Stattdessen wenden sich diese potenziellen Handelspartner China oder den USA zu, was Europa isoliert dastehen lässt.

Forderung:

- Die Wirtschaftsvereinigung Metalle fordert die Europäische Kommission und die Bundesregierung auf, Handelsabkommen mit internationalen Partnern pragmatisch und fokussiert auf den Warenaustausch auszurichten.

WICHTIGSTE FORDERUNGEN

Beschränkung des Exports von Schrotten aus der Union

Korrekte Bewirtschaftung der Urbanen Mine

Die vorgelagerte Wertschöpfungskette bei Verteidigungsprojekten miteinbeziehen

Berlin, den 22. Juli 2026

Kontakt:

Dr. Daniel Quantz

Bereichsleiter Nachhaltigkeit | Recht

Telefon: +49 30 72 62 07 - 181

E-Mail: quantz@wvmetalle.de

Michael Tamke

Referent Kreislaufwirtschaft

Telefon: 030 / 72 62 07 – 133

E-Mail: tamke@wvmetalle.de

WirtschaftsVereinigung Metalle, Wallstraße 58/59, 10179 Berlin